



22.06.20

FINANZMANAGEMENT

# Zeit der fiskalischen Entspannung ist vorbei

Von Alexandra Jarchau

Bereits vor der Coronakrise waren die Bedingungen für das Anlagemanagement in vielen Kommunen herausfordernd. Eine aktuelle Studie zeigt, dass den

Anthony Boulton/Stock/Getty Images

Kämmerern auch jetzt einige der bekannten Baustellen erhalten bleiben.

Steigende Steuereinnahmen und eine sinkende Zinsbelastung: In den vergangenen Jahren hat sich die fiskalische Situation vieler Kommunen zwar verbessert. Der breite Aufgabenkatalog der Kämmerer begrenzte allerdings schon vor der Coronakrise die Konsolidierungsmöglichkeiten.

Eine aktuelle empirische Studie zu Kommunalem Zins- und Anlagemanagement in Zeiten digitaler Plattformen untersucht die Herausforderungen, mit denen sich die Kommunen konfrontiert sehen. Das Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge der Universität Leipzig (KOWID) hat diese mit mehreren Partnern durchgeführt (s. Infokasten).

Die Befragung, in der 128 Städte und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern Einblicke in ihr Anlage- und Zinsmanagement gaben, erfolgte im Herbst und Winter zur Jahreswende 2019/2020. Somit sind die Folgen der Coronakrise auf die fiskalische Lage der Kommunen ausgeklammert.

## **Mittel- und Großstädte verschuldet**

Der Gesamtschuldenstand der befragten Städte war vergleichsweise hoch. Mit rund 2.080 Euro pro Einwohner lag er 350 Euro über dem Bundesdurchschnitt (1.730 Euro je Einwohner).

In der Stichprobe zeigten sich dabei relativ hohe Kassenkreditbestände, die häufig ein großstädtisches Problem sind. Allerdings waren auch die investiven Kreditmarktschulden (rund 1.360 Euro pro Einwohner) sowie die Wertpapierschulden (72 Euro je Einwohner) höher als der deutsche Durchschnitt.

# Herausforderungen im Finanzmanagement

Als weitere Herausforderungen für die Kommunen nennen die Studienautoren Themen wie Digitalisierung, Demografie, Erhalt und Neubau von Infrastrukturen. Diese würden gleichzeitig auch das kommunale Schulden- und Anlagemanagement beeinflussen.

Für fast alle Kommunen stellte demnach die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur eine Herausforderung dar (84 Prozent). Verschärfen könnte die Situation noch der aktuell bestehende Investitionsrückstand in Höhe von 147 Milliarden Euro, der laut dem aktuellen KfW-Kommunalpanel seit der Befragung (2019: 138 Milliarden Euro) noch einmal angewachsen ist.

Eine fehlende Steuerbasis beschäftigte zum Zeitpunkt der Befragung nur rund jede zehnte Kommune. Das dürfte sich mit der Coronakrise allerdings geändert haben.

## Digitalisierung als Herausforderung

Zusätzlich zu den Kommunen befragten die Studienautoren vier Entscheider aus größeren kommunalen Unternehmen mithilfe von leitfadengestützten Interviews. Die Unternehmen sahen die größte Herausforderung in der Digitalisierung.

Dass einige Kommunen noch mit der Digitalisierung hadern, zeigte sich auch im Anlagenmanagement. Digitale Kredit- oder Vermittlungsplattformen nutzt laut der Studie lediglich jede dritte Kommune.

Verhältnismäßig beliebt sind Onlinekreditplattformen allerdings bei höher verschuldeten Kommunen (61 Prozent). Als konkrete Anwendungsfälle gaben 90 Prozent der Kommunen investive Kommunalkredite an. Teilweise werden auch Kassenkredite (46 Prozent) und Schuldscheine (27 Prozent) von den Kommunen über Plattformen ausgehandelt. Anleihen spielen hingegen nur eine marginale Rolle (2 Prozent).

# Liquiditätsbedarf wird situationsbezogen geplant

Ob online oder offline: Zur Zinssicherung nutzen die Städte und Gemeinden vorrangig Bankdarlehen und Kommunalkredite, die mit langen Zinsbindungen ausgestattet sind (93 Prozent). Alternative Instrumente wie Zinsswaps, Derivate und Zinsoptionsgeschäfte sowie Forwarddarlehen nutzt jeweils rund jede fünfte Kommune.

Ihren Liquiditätsbedarf planen der Studie zufolge mehr als drei Viertel der Kommunen allerdings eher situationsbezogen. Ein aktives Zins- und Schuldenmanagement ist in den Kommunen grundsätzlich weit verbreitet (69 Prozent). Über die Hälfte der Städte (55 Prozent) konzentriert sich dabei auf Einzelkredite.

alexandra.jarchau(\*)frankfurt-bm(.)com

## INFO

Die Studie wurde vom KOWID Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge an der Universität Leipzig im Auftrag von komuno, der ING und S-Kompass Giro Solution (Sparkassen-Finanzgruppe) durchgeführt. Unterstützt bei der Studie hat zudem der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Mehr erfahren Sie auf unseren DNK-Themenseiten Anlagemanagement, Coronakrise und Digitale Verwaltung.